

Die US-Friedensaktivistin Eleanor Goldfield fordert mit der Begründung, es gebe keine "grünen" Kriege, zur Gründung einer Sammelbewegung für Frieden, Klimaschutz und Solidarität mit Flüchtlingen auf.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 086/19 – 02.08.19

Es gibt keine "grünen" Kriege

Weil der militärisch-industrielle Komplex ein Hauptverursacher des Klimawandels ist, müssen sich die Friedensbewegung, die Klimaschützer und die Organisationen, die sich mit Flüchtlingen solidarisieren, zusammenschließen

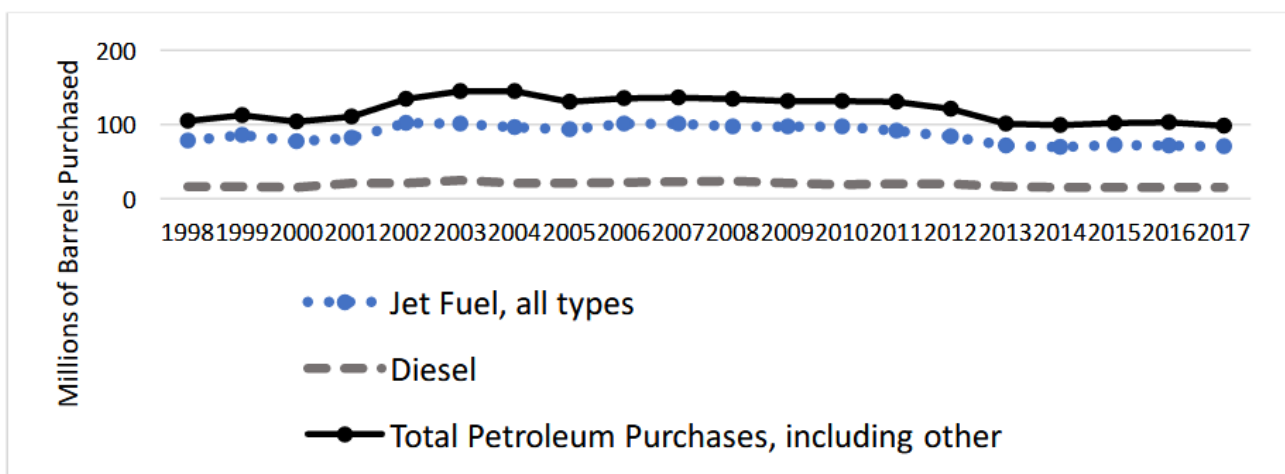
Von Eleanor Goldfield

Roar, 05.07.19

(<https://roarmag.org/essays/there-is-no-such-thing-as-a-green-war/>)

Im Juni wurde vom **Watson Institute** of International and Public Affairs der Brown University (s. <https://watson.brown.edu/about>) im Rahmen des "Costs of War Project's" ein Bericht mit dem Titel "Pentagon Fuel Use, Climate Change, and the Costs of War" [Der Treibstoffverbrauch des Pentagons, der Klimawandel und die Kriegskosten, s. <https://watson.brown.edu/costsofwar/files/cow/imce/papers/2019/Pentagon%20Fuel%20Use%20Climate%20Change%20and%20the%20Costs%20of%20War%20Final.pdf>] veröffentlicht. Unter Einbeziehung früherer Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen dem US-Militär und dem Klimawandel [s. dazu auch <https://www.ecowatch.com/military-largest-polluter-2408760609.html>] weist der Bericht nach, dass das Pentagon als "weltweit größter Verbraucher von aus Erdöl hergestellten Treibstoffen auch der weltweit größte Erzeuger von Treibhausgasen (THG, s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Treibhausgas>)" ist.

Figure 5. Defense Logistics Petroleum Product Purchases in Millions of Barrels, FY1998 - FY2017²⁷



Grafik entnommen aus der S. 9 des eingangs verlinkten Watson-Berichtes

Diese Erkenntnis ist zwar nicht neu, aber es ist gut, sie wieder einmal in Erinnerung zu rufen. Die in dem Bericht veröffentlichten Daten über den Treibstoffverbrauch und die dadurch verursachten Treibhausgas-Emissionen machen schon beim Lesen Angst und liefern genug Stoff für ins Auge springende Schlagzeilen. Allein im Jahr

2017 waren die Treibhausgas-Emissionen des Pentagons größer als die Treibhausgas-Emissionen industrialisierter Staaten wie Schweden oder Dänemark.

Aus dem Bericht geht zwar hervor, in welchem großem Ausmaß das US-Militär für die Klimakatastrophe mitverantwortlich ist, der militärisch-industrielle Komplex wird aber mit Samthandschuhen angefasst. Zusammenhänge (zwischen dessen Profitgier und den vielen US-Kriegen) werden nicht aufgezeigt, und die Systemfrage wird auch nicht gestellt.

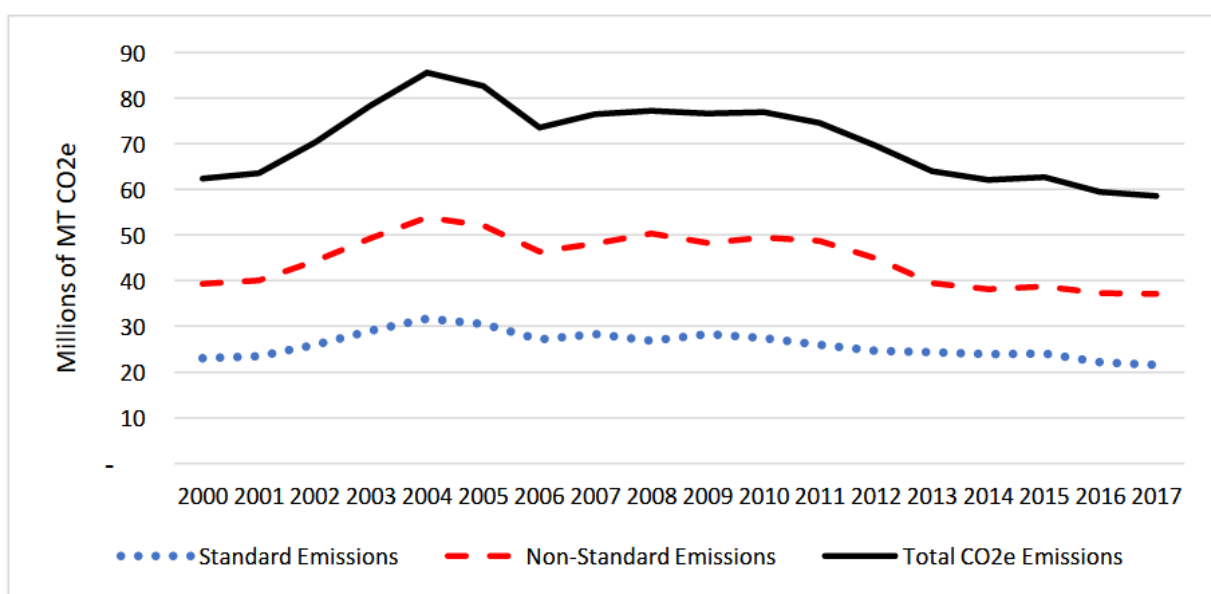
Es reicht aber nicht, nur Verbindungen zwischen Problembereichen aufzuzeigen. Die Zusammenhänge zwischen der Klimakatastrophe, den imperialistischen Kriegen und dem auch auf diese Kriege zurückzuführenden Flüchtlingsstrom schreien nach Lösungen. Die in einzelnen Problembereichen agierende Bewegungen müssen ihre selbstgesetzten Grenzen überwinden und sich zu einer solidarischen Gesamtbewegung zusammenschließen, damit der zusammenhängenden Problemkomplex auch gemeinsam angegangen werden kann. Wir dürfen uns nicht immer wieder mit weichen "Greenwashing"-Reformen (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Greenwashing>) abspesen lassen und keinesfalls noch länger auf die Segnungen des Kapitalismus hereinfallen.

Die Klimakatastrophe und die Nationale Sicherheit

Weiche Reformen finden häufig durch "Greenwashing" statt oder werden als Mixturen verabreicht, die nur beruhigen sollen, damit alles so bleiben kann, wie es ist. Scheinlösungen werden in einer Sprache angeboten, die alles offen lässt, denn die vielversprechenden Phrasen bieten keine logischen Lösungen an.

In dem Bericht steht zum Beispiel, "dass durch den Einsatz von Treibstoffen, die keine Treibhausgase freisetzen, und durch Reduktion der Treibhausgas-Emissionen im nichtmilitärischen Bereich auch das Pentagon einen Beitrag zum Klimaschutz leisten könnte, ohne die Nationale Sicherheit vernachlässigen zu müssen". Das erinnert mich an eine lange, gewundene Antwort auf eine Prüfungsfrage, die der Prüfling nicht beantworten kann. Das Pentagon könnte aber sämtliche Bedrohungen für die Nationale Sicherheit ganz beseitigen, wenn es aufhören würde, immer neue Kriege anzuzetteln.

Figure 7. Estimate of DOD Greenhouse Gas Emissions, Millions of Metric Tons CO₂e from Total and Non-Standard DOD operations, 2001-2017⁴⁵



Grafik entnommen aus der S. 14 des eingangs verlinkten Warson-Berichtes

Weil in dem Bericht die Klimakatastrophe durch die Brille der Nationalen Sicherheit betrachtet wird, fallen das Artensterben, die Verseuchung fruchtbaren Landes und des Trinkwassers, die Reinheit der Atemluft und eine lebenswerte Zukunft einfach unter den Tisch.

Der Bericht erinnert an einen Tweet, in dem die Senatorin Elizabeth Warren (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP04819_190419.pdf) Mitte Mai beklagt hat, dass der Klimawandel zwar real sei und sich Tag für Tag verschlimmere, Maßnahmen dagegen sich aber nicht nachteilig auf unsere militärische Verteidigungsbereitschaft auswirken dürften. Weil die Verteidigungsbereitschaft trotz Überschwemmungen, Dürreperioden, verheerender Waldbrände, zunehmender Versteppung und immer längerer Kälteeinbrüche erhalten bleiben müsse, werde auch das Militär "grüne Maßnahmen" ergreifen müssen. [Der Tweet ist nachzulesen unter <https://twitter.com/ewarren/status/1128656240756887552>]

Natürlich ist die Vorstellung, Krieg könnte umweltfreundlicher sein, ebenso lächerlich, wie sie sich anhört. Im Namen unserer so genannten Nationalen Sicherheit provozieren wir Überfälle auf andere Länder, begehen grobe Menschenrechtsverstöße, führen Wirtschaftskriege und Regime-Change-Interventionen durch, betreiben also blanken Staatsterrorismus. Der modernisierte Imperialismus kümmert sich genau wenig um die Menschen, wie um die Ökosysteme, in denen wir und andere leben.

Der Bericht enthält richtige und wichtige Argumente zur Reduzierung unseres Ölverbrauchs und unserer Interventionen in Ölländern und empfiehlt die Schließung von Militärbasen und die Verwendung von mehr Geldern für "wirtschaftlich produktivere Aktivitäten". Aber weder Senatorin Warren noch das Watson Institute dringen bis zu den Wurzeln (allen Übels) vor, denn sie vermeiden die Frage, ob wir das Militär, das nur zur gewaltsamen Durchsetzung imperialistischer Ziele eingesetzt wird, überhaupt brauchen; beide möchten das US-Militär nur etwas "grüner" machen. Beide übersehen das Paradoxon der zyklischen Todesspirale, die dadurch entsteht, dass unsere Militärs in einer sich selbst erfüllenden mörderischen Vorhersage den Klimawandel und die deshalb drohende (weltweite) Destabilisierung als Gründe für die ständige Erhöhung des Militärbudgets angeben.

Man könnte argumentieren, dass in einem Bericht, der sich nur mit dem Treibstoffverbrauch und den Treibhausgas-Emissionen des US-Militärs befasst, nicht gleich die Systemfrage gestellt werden muss. Wer Daten analysiert, muss aber auch die Schlussfolgerungen ziehen, die sich nach der Analyse aufdrängen: Wenn Daten den vorherrschend destruktiven und repressiven Charakter des US-Militärs belegen, muss daraus auch der Schluss gezogen werden, dass die Klimakatastrophe nur durch einen Systemwechsel (durch den sich auch die bisher sehr negative Rolle des US-Militärs ändern muss) verhindert werden kann.

Aus diesem Grund ist auch der Gesetzentwurf der demokratischen Senatorin Warren – deren Bewerbung um die Präsidentschaftskandidatur von der Rüstungsindustrie gesponsert wird (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP04819_190419.pdf) – mit dem sie die CO₂-Emissionen des Pentagons reduzieren will [s. dazu auch <https://www.cbsnews.com/news/warren-2020-elizabeth-warren-introduces-plan-to-reduce-militarys-carbon-footprint/>], nur ein Rohrkrepiere. Selbst wenn er eine Mehrheit fände, würde damit das viele Blut, das die imperialistische US-Kriegsmaschinerie vergießt, nur "grüngewaschen". **Frau Warren will keine einzige der fast 1.000 US-Militärbasen rund um die Welt schließen, sie will nur sicherstellen, dass sie auch bei extremen Wetterverhältnissen funktionsfähig bleiben.**

Inzwischen haben sich viele der US-Militärbasen, die Frau Warren erhalten will, als Tatorte entpuppt, an denen unvorstellbarer Umweltverbrechen begangen wurden und werden. Dutzende von US-Militärbasen werden von der EPA (der US-Umweltschutzbehörde, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Environmental_Protection_Agency) als "Superfund Sites" [s. <https://www.epa.gov/superfund/search-superfund-sites-where-you-live>] geführt, die so mit hochgiftigen und äußerst gefährlichen Chemikalien verseucht sind, dass sie dringend von Grund auf saniert werden müssten. 2014 hat das Magazin *Newsweek* berichtet, dass "rund 900 der etwa 1200 Superfund Sites in den USA aufgelassene Militärbasen oder Gebiete sind, die militärisch genutzt wurden [s. <https://www.newsweek.com/2014/07/25/us-department-defence-one-worlds-biggest-polluters-259456.html>].

Auch viele US-Basen (und US-Schlachtfelder) rund um Welt sind mit giftigen Chemikalien verseucht: mit **depleted Uranium** (abgereichertem Uran, s. https://ec.europa.eu/health/scientific_committees/opinions_layman/depleted-uranium/de/index.htm und <https://de.wikipedia.org/wiki/Uranmunition>), mit **Schmierstoffen**, mit dem **militärischen Allzwecktreibstoff JP-8** (s. <https://www.chemie.de/lexikon/JP-8.html> und http://luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP07219_210619.pdf), mit **Schädlingsbekämpfungs- und Entlaubungsmitteln wie Agent-Orange** (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Agent_Orange) und mit **giftigen Löschschäumen** (weitere Infos dazu s. unter https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP00719_160119.pdf und https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP01319_300119.pdf), die vielerorts auch im Boden versickert sind und das Grundwasser vergiften. Seit Jahren protestieren Einheimische auf Okinawa [s. dazu auch https://www.washingtonpost.com/world/asia_pacific/on-japans-okinawa-us-military-blamed-for-contaminating-environment-with-hazardous-chemical/2019/05/24/ca3ba342-7c84-11e9-b1f3-b233fe5811ef_story.html?utm_term=.474313097586], Guam [s. https://www.commondreams.org/views/2019/06/20/galapagos-guam-us-military-bases-are-threat-local-communities?utm_campaign=shareaholic&utm_medium=referral&utm_source=facebook], den Seychellen [weitere Infos dazu s. <http://www.seychellesnewsagency.com/articles/8634/Protesters+say+no+to+naval+base+on+Seychelles+Assumption+Island>] oder auf den Galapagos-Inseln [s. <https://edition.cnn.com/travel/article/ecuador-galapagos-us-military-sclintl/index.html> (und seit kurzem sogar in der Bundesrepublik Deutschland, s. https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP01319_300119.pdf)] gegen die Zerstörung der Umwelt durch die US-Streitkräfte.

Deshalb wären die umweltfreundlichsten Maßnahmen die Schließung aller US Militärbasen auf der ganzen Welt und die Zerschlagung des gesamten militärisch-industriellen Komplexes. Das wäre gleichzeitig ein äußerst wichtiger Beitrag zu unsere Nationalen Sicherheit, weil nicht nur der Klimawandel verlangsamt, sondern auch die Anzahl der Flüchtlinge beträchtlich reduziert würde.

Unsere Bewegungen müssen zusammenwachsen

Während die Furcht vor dem Klimawandel neu in der Diskussion um unsere Nationale Sicherheit ist, machen unseren Politikern in Washington die Flüchtlingen und/oder Einwanderer schon länger Sorgen. Praktisch seit Gründung der USA gibt es Vorbehalte gegen Einwanderer, und die gibt es auch heute noch, trotz der Tatsache, dass US-Interventionen häufig die Ursache für die Flüchtlingsströme (aus den überfallenen Ländern) sind. Es wirkt wie eine Ironie der Geschichte, dass diese Flüchtlingsströme genau so typisch für die USA sind wie Apple Pie (Apfelkuchen).

Nach einem neueren Bericht des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge hat die weltweite Anzahl der Flüchtlinge und der aus ihren Wohnungen Vertriebenen mit 70 Millionen einen neuen Höchststand seit Beginn ihrer Erfassung erreicht [s. <https://www->

w.commondreams.org/news/2019/06/19/amid-rise-xenophobes-trump-un-report-shows-worlds-refugee-population-has-exploded]. Nach Angaben des norwegischen Flüchtlingsrates werden "jährlich durchschnittlich 26 Millionen Menschen durch Katastrophen wie Überschwemmungen und Unwetter zu Flüchtlingen gemacht. Jede Sekunde muss also auch jetzt schon eine Person ihre angestammte Heimat verlassen [s. <https://www.nrc.no/what-we-do/speaking-up-for-rights/climate-change/>].

Die zu erwartenden Klimaveränderungen werden im nächsten Jahrzehnt viele weitere Millionen Menschen dazu zwingen, aus (überschwemmten oder überhitzten) Gebieten zu fliehen [s. <https://www.theguardian.com/environment/2017/nov/02/climate-change-will-create-worlds-biggest-refugee-crisis>]. Der Mittlere Osten und Afrika werden die Klimaveränderung in den kommenden Jahrzehnten vermutlich am stärksten zu spüren bekommen – durch zunehmende Wasserknappheit und und steigende Temperaturen. Schon jetzt kommen die Mehrzahl der Flüchtlinge aus dem Mittleren Osten, aus dem Süden Zentralasiens und aus Afrika, wobei die meisten aus ihre Heimat Vertriebenen in benachbarten Gebieten bleiben [s. <https://www.aljazeera.com/news/2016/10/ten-countries-host-world-refugees-report-161004042014076.html>]. Die meisten dieser Menschen leiden unter Desastern, die wir verursacht haben.

Und weil der "Krieg gegen den Terror" nicht nur im Mittleren Osten tobt, sondern vom AFRICOM [in Stuttgart, s. <https://www.counterpunch.org/2018/12/11/africom-a-neo-colonial-occupation-force/> (und https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Africa_Command)] **auch in Afrika um Bodenschätze und nicht wegen der Bedrohung unserer Nationalen Sicherheit geführt wird, müssen die US-Streitkräfte ständig neue Länder destabilisieren, zerstören und Menschen aus ihnen vertreiben.**

Weil es kein "grünen" Kriege gibt, kann die Klimakatastrophe nur dann noch verhindert werden, wenn wir die Kriegsmaschinerie stoppen. Und die Flüchtlingsflut ist nur aufzuhalten, wenn wir die Klimakatastrophe durch Lahmlegen der Kriegsmaschinerie abwenden. Nur dann werden die sich selbst erfüllenden Vorhersagen, die für uns alle den Tod bedeuten würden, nicht eintreten. Deshalb müssen wir die Bewegungen, die sich getrennt um den Frieden, um Flüchtlinge und um den Klimawandel kümmern, zusammenführen und ihre Kraft bündeln, damit wir vereint bis zur gemeinsamen Wurzel der drei Übel vordringen und sie durch eine Systemänderung beseitigen können.

Als Organisatorin habe ich erlebt, dass viele kleine Bewegungen, die sich um Einzelprobleme kümmern, wegen Arbeitsüberlastung oder wegen ihrer begrenzten Einflussmöglichkeiten wieder zerfallen. Es ist tatsächlich von großem Vorteil für die Herrschenden, dass wir immer noch getrennt marschieren: Die Umweltbewegung kämpft nur an dieser Front, die für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten Eintretenden kümmern sich nur um deren Probleme, und die Friedensbewegung setzt sich nur für die Beendigung laufender und die Verhinderung neuer Kriege ein. Bis her ziehen diese drei wichtigen Bewegungen leider nicht am gleichen Strang. Das muss aber nicht so bleiben. Bei einem Protest, der in Bath im Bundesstaat Maine vor einer Werft stattgefunden hat, die Kriegsschiffe baut, haben die Aktivisten gefordert, das in die Rüstung und in Kriege fließende Geld für Maßnahmen zur Verhinderung der Klimakatastrophe auszugeben [s. <https://www.commondreams.org/news/2019/06/23/fund-climate-solutions-not-endless-war-22-arrested-demanding-us-build-windmills-not>].

Bei der jährlichen Aktionärsversammlung der Fondsgesellschaft BlackRock (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/BlackRock>) am 23. Mai 2019 haben eine ganze Menge Gruppen – von der National Indigenous Organization of Brazil (s. <https://www.iwgia.org/en/brazil>) bis zu Code Pink (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Code_Pink) – gegen die Investitionen dieses

Unternehmens in Firmen protestiert, die Tod und Zerstörung verbreitende Rüstungsgüter produzieren und damit der Klimakatastrophe und neuen Kriegen Vorschub leisten. Viele Klimaschützer und andere Aktivisten kritisieren BlackRock schon lange und reihen sich ein in die solidarische Front, die sich weltweit gegen den Kapitalismus zur Wehr setzt [weitere Infos dazu sind aufzurufen unter <https://www.facebook.com/CampWhitePinePA/photos/a.1916425168627281/1953154284954369/?type=3&theater>].

Solche Zusammenschlüsse fördern die Inspiration, geben Kraft und bringen neue Ideen hervor. Durch Kooperation, Solidarität und gegenseitigen Respekt könnten sie sich zu einer starken Gegenmacht gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem entwickeln. Damit ließe sich nicht nur das "Teile-und-herrsche"-Prinzip überwinden, das uns bisher geschwächt hat, sondern auch der Trend zum "Rückzug ins Private" überwinden.

Sperrt euch, protestiert, widersetzt euch, steht auf, verweigert euch, schließt euch zusammen!

Mit der Erfindung des "grünen Kapitalismus", der genau so wenig machbar wie ein "grüner Krieg" ist, will man uns einreden, wir könnten unseren Planeten retten, wenn wir eine oder besser gleich zwei Tragetaschen aus Stoff kaufen. Ich nenne es "grüne Verarsche", wenn man uns weismachen will, durch eifriges Recyceln, mehr Sonnenkollektoren, möglichst viele Mehrwegflaschen mit dem Aufdruck "Namaste" (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Namaste>) oder dem Kauf von Tesla-Elektroautos sei die Welt zu retten.

Diese Denkweise ist nur ein weiteres Ergebnis der Teile-und-herrsche-Strategie des auf Ausbeutung und Zerstörung aufgebauten kapitalistischen Systems. Es beschämt die Menschen, die sich grüne Technologien und grüne Produkte nicht leisten können, und vertieft die Spaltung der Gesellschaft entlang der Trennungslinie, die durch das wachsende Angebot an überteuerten "grünen" Produkten entstanden ist. **Nachbarn werden durch immer neue Trendwellen wie Gentrifizierung, kostspielige Ökomoden und völlig überflüssige Hipster-Produkte auseinander gerissen. Man blickt auf alle herab, die sich ein dieses Schickimicki-Verhalten nicht leisten können und schließt sie aus. Die Mehrheit (der US-Bevölkerung) geht nur ihren Geschäften nach, ignoriert die relativ wenigen Rüstungsunternehmen** [s. <https://www.theguardian.com/sustainable-business/2017/jul/10/100-fossil-fuel-companies-investors-responsible-71-global-emissions-cdp-study-climate-change>] und lässt die Kriegsmaschinerie gewähren, die beide auch für die Klimakatastrophe mitverantwortlich sind.

Vor kurzem wurde folgender Witz über die sozialen Medien verbreitet: "Sie könnten viel mehr für das Klima tun, wenn Sie einen Ölmanager verspeisen würden, anstatt vegan zu essen." Das soll eigentlich nur "komisch" sei, weist aber in die einzuschlagende Richtung. Rousseau (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Jean-Jacques_Rousseau) wird ein Zitat zugeschrieben, das auch als an Klimaschützer gerichte sein könnte: "Wenn die Leute nichts mehr zu beißen haben sollen, sollten sie die Reichen aufessen."

Wer es sich leisten kann, darf sich natürlich vegan ernähren. Diese persönliche Entscheidung kann aber nicht die Beteiligung an Aktivitäten ersetzen, die notwendig sind, damit der Fleischindustrie die Tierquälerei verboten wird.

Aktivisten reisen oft in entlegene Gegenden, wenn sie ein Pipeline-Projekt stoppen oder die weitere Abholzung von Wäldern verhindern wollen. Aber die Leute kaufen auch bei Walmart (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Walmart>) ein, weil ihr Geld nicht für Einkäufe in bes-

seren Läden reicht. Wenn sich alle, die beides kritisieren, stattdessen am Widerstand gegen eine neue Pipeline beteiligen würden, gäbe es schon längst weniger schmutzige Energie. **Eine Hand voll hartnäckiger Aktivisten reicht eben nicht aus, um größere Veränderungen durchzusetzen.**

Wenn Leute sagen, jeder könne etwas tun, dann stimme ich ihnen zu. Aber wer sich nur für Recycling engagiert, tut nicht genug. Weil rund 91 Prozent aller Plastikprodukte noch nicht recycelt werden [s. <https://news.nationalgeographic.com/2017/07/plastic-produced-recycling-waste-ocean-trash-debris-environment/>] , müssen wir uns sicher dafür einsetzen, dass wir mehr und bessere Recycling-Unternehmen bekommen. Wir sollten auch den öffentlichen Personennahverkehr häufiger nutzen, uns regelmäßig die Zähne putzen, weniger Alkohol trinken und weniger vorbearbeitete Nahrungsmittel konsumieren.

Aber ein "grüneres" Privatleben reicht nicht aus, um die Klimakatastrophe abzuwenden. Es ist allenfalls als persönlicher Beitrag zu einer vernünftigeren Lebensweise anzusehen. **Wer wirklich etwas gegen den Klimawandel tun will, muss sich mit anderen zusammentun – zu Blockaden, Protesten, Sitins und Demonstrationen, muss Zeit und Energie aufwenden und sich mit seinem Körper und seinem Verstand in den gemeinsamen Widerstand einbringen. Er muss sich einer Organisation anschließen, die etwas gegen die Gentrifizierung tut, sich für gesunde Nahrung und eine Krankenversicherung für alle einsetzt oder gegen Rassismus und die imperialistischen Kriege kämpft, sich also mit Problemen beschäftigt, die alle auch etwas mit der Klimakatastrophe zu tun haben.**

Unser Ziel muss es sein, nicht gegeneinander, sondern gemeinsam gegen das System zu kämpfen. Mit "grünen" Verhaltensweisen ist der Klassenkampf nicht zu gewinnen. Gemeinsam müssen wir uns gegen die Unterdrückung, den Imperialismus und den Kapitalismus zur Wehr setzen. Wir müssen Gemeinschaften und Netzwerke aufbauen, um die Grenzen innerhalb des kapitalistischen Systems zu sprengen, unter dem wir alle leiden.

Es gibt keinen fertigen Plan für dieses schwierige Unterfangen. Wir müssen solidarisch und ganz eng zusammenarbeiten, unser jeweiligen Komfortzonen verlassen, uns neue unbekannte Räume erschließen, nicht mehr nur theoretisieren, sondern selbst mit anpacken. Umweltschützer müssen begreifen, dass die Klimakatastrophe auch etwas mit Rassismus und der imperialistischen Kriegsmaschinerie zu hat. Kriegsgegner müssen erkennen, dass sie sich auch mit dem Klimawandel beschäftigen müssen.

Die von dem Klimawandel am stärksten Betroffenen brauchen nicht nur einen Platz an unserem Tisch, sie brauchen echte Solidarität und Respekt für ihre Lebenserfahrungen. Wir müssen uns gemeinsam gegen übereilte "grüngewaschene" Lösungsansätze wehren und dürfen diejenigen nicht im Stich lassen, die verzweifelt versuchen, zu überleben. Wir müssen Trennendes hinter uns lassen, weil es auch um unsere eigene Zukunft geht. Das gegenwärtige repressive System können wir nur überwinden, wenn wir uns schnell auf ungemütliche Zeiten einstellen.

Das klingt beunruhigend und entmutigend, ist aber nicht unmöglich, wenn wir uns zu gemeinsamem Widerstand vereinen.

Eleanor Goldfield (s. <https://www.instagram.com/activisteleonor/?hl=de>) ist eine kreative Aktivistin, Journalistin und Poetin. Sie hat die Show "Act Out!" (s. <https://freespeech.org/shows/act-out/>) gegründet, die über Free Speech TV, Dish Network (s. <https://de.wikipe->

[dia.org/wiki/Dish_Network](https://www.dia.org/wiki/Dish_Network)), DirecTV (s. <https://www.directv.com/>), ROKU (s. <https://www.roku.com/en-gb/>), Amazon Fire und andere TV-Sender verbreitet wird. In ihren Artikeln und in ihrer Show beschäftigt sie sich mit Menschen und Themen, die von den Konzern-Medien ignoriert oder falsch dargestellt werden.

(Wir haben diesen bewegenden Aufruf zu gemeinsamem Handeln komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat die Autorin selbst eingefügt.)



There is no such thing as a green war

The military industrial complex is a major contributor to climate change — this calls for a merger of anti-war, climate and refugee solidarity movements.

Eleanor Goldfield

July 5, 2019

In June, the Costs of War Project at Brown University's Watson Institute of International and Public Affairs released a report titled "Pentagon Fuel Use, Climate Change, and the Costs of War." Echoing previous reports on the link between the US military and climate change, the paper outlines the various ways in which the Pentagon is "the world's largest institutional user of petroleum and correspondingly, the single largest producer of greenhouse gases (GHG) in the world."

While this is not necessarily news, it never hurts to have a reminder, and the paper's detailed data on issues such as fuel usage and greenhouse gas emissions make for a shocking read and eye-catching headlines. In 2017 alone, for example, "the Pentagon's greenhouse gas emissions were greater than the greenhouse gas emissions of entire industrialized countries such as Sweden or Denmark."

Still, although the paper clearly links the US military to climate chaos, the soft conclusion and the handling of the military industrial complex with kid gloves leaves some gaping holes in what could otherwise be a powerful commentary on intersectionality and the need for systemic change.

It is not enough to academically trace a red thread between issues. Recognizing the connections that tie climate chaos to war to imperialism to the growing refugee crisis demand solutions founded on that real-world intersectionality. We need an active solidarity that erases the demarcations of single-issue movements and builds a power that reflects the reality of our place and time. Likewise, we must be wary of soft reforms, greenwashing and capitalism's unending affinity for shaming people.

Climate chaos and national security

Soft reforms are often linked with greenwashing in a sort of shot and chaser combo, made to placate the mind and ultimately uphold the status quo. Naturally, such a false solution typically comes wrapped in language that says much and means little — sounding logical without actually employing logic.

For instance, the paper concludes that “by reducing the use of greenhouse gas-emitting fuels (coupled with emission reductions in other sectors) the Pentagon would decrease its contribution to the associated climate change threats to national security.” This reminds me of those SAT sentences that used long, circular logic inanities to say essentially nothing. Basically, the Pentagon could stop creating national security threats if it stopped creating national security threats.

Furthermore, the overall conclusions made in the report push us to look at climate chaos through the lens of national security rather than the destruction of millions of species, arable land, potable water, breathable air and a livable future in general.

It is reminiscent of Senator Elizabeth Warren’s tweet in mid-May which lamented that “Climate change is real, it’s worsening by the day, and it’s undermining our military readiness. More and more, accomplishing the mission depends on our ability to continue operations in the face of floods, drought, wildfires, desertification, and extreme cold.” But by god, we must accomplish the mission! Even if that means going green!

Of course, the idea of an eco-friendly war is as ridiculous as it sounds. Our so-called national security is based on unprovoked invasions, gross human rights violations, economic warfare, regime change and overt terrorism. It is a modernized imperialism that cares just as little for people as it does for the ecosystems in which we live.

The paper does make valid and important points about reducing our reliance on oil, which includes tapering operations in the Middle East, scaling back bases and spending military budget cash on “more economically productive activities.” However, neither Senator Warren nor the Watson Institute paper dig to the root and ask whether or not the military and its violent imperialism is necessary, just whether or not it is green enough. Thereby, they miss the central paradox that in a sick cyclical death spiral, our military uses climate change and the impending destabilization as reasons to ramp up the military budget, thereby creating a self-fulfilling — and accelerating — homicidal prophecy.

One might argue that it is perfectly understandable why a paper dealing with the fuel consumption and greenhouse gas emissions of the military is not discussing systemic change. However, conclusions are meant to analyze the preceding data, and without analyzing the overarching destructive and oppressive nature of the US military, any conclusions we make within or without a report will fail to address the necessary systemic change involved in combating climate chaos.

This is the same reason why Senator Warren’s co-sponsored bill to reduce the Pentagon’s carbon footprint is a non-starter. Even if it passes, it will merely greenwash the blood soaked facade of an imperialist war machine. For instance, rather than demanding the closure of any of our almost 1,000 military bases around the world, Warren wants to make sure they are ready to withstand extreme weather.

Meanwhile, these bases that she wants to save are environmental catastrophes. Dozens of US military bases are listed as Superfund Sites by the EPA, a classification used for toxic and hazardous waste dumps that are dangerously contaminated and require special cleanup. Back in 2014, Newsweek reported that “about 900 of the 1200 or so Superfund sites in America are abandoned military facilities or sites that otherwise support military needs.”

Around the world, US bases leach toxic chemicals such as depleted uranium, oil, jet fuel, pesticides and defoliants like Agent Orange and lead into soil and groundwater. For years,

local communities have protested US bases on the grounds of cultural and environmental destruction from Okinawa to Guam to the Galapagos to the Seychelles.

Truly, the most eco-friendly thing you could do would be to close all US military bases and effectively dismantle the imperialist military industrial complex as a whole. Incidentally, this would also be the biggest boost to our beloved national security, not just with regards to climate, but forced migration and displacement as well.

The intersection of our movements

While climate change is a newcomer to the national security conversation, the fear of refugees and/or immigrants tarnishing our city upon a hill is practically an American pastime. Since this settler colonialist nation was established, the US has always been anti-immigrant, and that paradigm has held strong despite the fact that these days, it is directly our fault that people are migrating. Yes, irony is also as American as apple pie.

A recent report by the UN High Commissioner for Refugees reveals that “the number of refugees worldwide is now the highest it’s ever been since the UN began keeping records, with more than 70 million people seeking refuge after being forced from their homes.” According to the Norwegian Refugee Council, “on average, 26 million people are displaced by disasters such as floods and storms every year. That’s one person forced to flee every second.”

Climate change is expected to create tens of millions of refugees in the coming decade. The Middle East and Africa will see perhaps the most severe effects of climate change in the coming decades — predominantly via drought and extreme heat. It is worth noting that the Middle East, Africa and South-Central Asia are not only where most of the world’s refugees are coming from, but also where most of the refugees are being hosted — yet another instance of breaking, taking and leaving disasters in our wake.

And as the War on Terror continues in the Middle East, the less discussed new scramble for Africa, AFRICOM hides imperialist jockeying for natural resources behind yet another “national security threat” lie. In short, our national security is threatened everyday by our push for national security: vis-à-vis our need to drill, spill, extract and burn which is inextricably tied to the military’s push to destabilize, destroy and displace.

Just as there is no such thing as a green war, there is likewise no way to confront climate change unless we confront the war machine, and vice versa. There is no way to confront the refugee crisis, unless we confront climate change and the war machine. In order to break that aforementioned self-fulfilling, and accelerating, homicidal prophecy, we have to look at the intersections of our movements and recognize that at these points lie our collective power, the potential to build collaborative, far-reaching movements that really strike at the root — at the core of the system itself.

As an organizer, I have seen so many niche movements fall apart from overwork and exclusion. It is in fact a gift to the powers that be that we often draw such deep lines of demarcation: the environmental movement is here, the refugee and migrant rights movement is there, the anti-war movement is here, and never the three shall meet. But take, for instance, the recent protest in Bath, Maine where activists blocked traffic outside a naval battleship construction site demanding money for climate solutions, not endless war.

At the asset management firm BlackRock’s annual shareholders meeting on May 23, a multitude of groups — from the National Indigenous Organization of Brazil to Code Pink —

came together to call out BlackRock's CEO and the entire company on their massive and grotesque investments in death and destruction via climate chaos and war. Many climate justice and direct action communities have long made these connections, literally flying the flag of anti-capitalism in solidarity with struggles around the world.

These intersectional endeavors are sources of inspiration, power and ideas. They build upon the tenets of collaboration, solidarity and respect, antitheses of the violent capitalist system. And as they crush the divide-and-conquer paradigm we have too often fallen for, they also highlight the inherent problems with the "personal choices" trend.

Lock, protest, sit-in, stand-up, lay down, lock down

With the rise of green capitalism (as much an oxymoron as green war), the misconception that we can save the planet by buying a tote bag or two has risen in parallel. I call it the "green me fallacy." If everyone just recycled, if everyone just got solar panels and a reusable water bottle with Namaste written on the side. If everyone bought a Tesla.

But this thinking is just another manifestation of the divide and conquer strategy of a capitalist system based on extraction and destruction. It shames people who cannot afford or have access to new technologies or green choices and further cleaves our potential at unification along the lines of greenwashed purchasing power. As neighborhoods fall to tsunamis of gentrification, eco-chic, tech trendy and hipster green industries roll in, looking down on and pushing out those who cannot afford their consumerist wares, all the while making bank and ignoring the handful of companies and the war machine that is really to blame for this worsening climate crisis.

A recent joke post on social media read: "you'd do more for the climate if you ate an oil executive than if you went vegan." It is not only funny, but it also makes a good point. Rousseau may just have been ahead of his time in prescribing a foundation for a climate change revolution: "When the people shall have nothing more to eat, they will eat the rich..."

Sure, go vegan if you have the privilege to do so. But let us not conflate that personal choice with the actions that are necessary to dismantle the machine that profits off of animal torture.

Yes, activists will often drive to remote sites of a pipeline fight or a logging project. Yes, people will shop at Wal-Mart because they lack the financial privilege to shop elsewhere. If everyone so eager to shame folks for these choices instead would have stepped up to the front lines of a pipeline fight, dirty energy would have thousands to contend with, rather than a handful of inestimably strong-willed activists.

When people say "everyone can do something," I agree. But a mere commitment to recycling is not it. Sure, because some 91 percent of plastic is not recycled, I still think we should work to institute better waste management practices and demand recycling facilities. We should use public transportation whenever we can. We should also brush our teeth regularly, not drink too much alcohol and avoid processed foods.

In other words, the so-called greening of your personal life should not be viewed as acting for the climate. It should be viewed as another facet of being an adult in today's world. Acting for the climate, that "something" that everyone can do should actually mean acting for the climate. It should mean that you block, protest, sit-in, stand-up, lay down, lock down or in some way lend your time, energy, body and mind to a pointed systemic struggle. It

should mean organizing in your community to draw connections between our various issues — from gentrification to imperialism to food sovereignty to public health to systemic racism, all of which are linked to climate chaos.

It should mean targeting the system rather than each other, decoupling our power from our green purchasing power and not turning the class war in on ourselves. It should mean educating and engaging on the foundations of anti-oppression, anti-imperialism, and anti-capitalism. It should mean dreaming and doing and building communities and networks that exist outside the confines of the capitalist system we all suffer under.

There's no definitive blueprint for this work. True solidarity and real intersectionality means reaching outside of our comfort zones and stepping into spaces we do not know, in ways that go beyond theory. Environmentalists will need to address the climate chaos inherent in a racist, imperialist war machine. Anti-war activists will need to consider the importance of climate justice in their work.

Folks most impacted will not only need a seat at the table but will need real solidarity and respect for their life experiences. We will all need to look sharply at the dangers of entertaining false solutions from on high, greenwashing, and the shaming of those who do what they have to in order to survive. As we reach across the divide, and conquer the narrative of our own future, we will have to learn to get comfortable with being uncomfortable, to go beyond the prescribed progress of a regressive system.

It seems daunting, it feels impossible — but we are not alone, unless we choose to be.

Eleanor Goldfield is a creative activist, journalist, and poet. She is the founder and host of the show, Act Out!, which airs on Free Speech TV on Dish Network, DirecTV, ROKU, Amazon Fire and others. Her articles and her show cover people and topics which corporate media either censor or misrepresent.

<http://www.luftpost-kl.de/>

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern